

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Mit dieser Ausgabe möchte der vlw für die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz einen neuen Weg eröffnen, Sie möglichst schnell und „kompakt“ über wichtige und interessante Themen zu informieren. „vlw-kompakt“ wird monatlich erscheinen, und wir hoffen, Sie dadurch noch besser und schneller zu informieren. Und noch ein Tip: bitte schauen Sie auch auf unsere neu gestaltete Homepage unter www.vlw-rlp.de. Und jetzt wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen, Ihr Karl-HeinzFuß, Landesvorsitzender



Beförderungsverfahren 2010

Zum 18.5. sollten 84 Kolleginnen und Kollegen im „Sektor 1“ von A13 nach A14 befördert werden. Im Bereich des „Sektors 2“ standen 22 Stellen zur Verfügung, die durch die ADD nach einem landesweiten Ranking vergeben werden. Nach den Ergebnissen der dienstlichen Beurteilungen wären 15 der 22 Beförderungen im Bezirk Koblenz vorzunehmen gewesen. BPR und HPR gehen davon aus, dass bei einer einheitlichen Anwendung des Maßstabes zur Erstellung von dienstlichen Beurteilungen ein Ergebnis zutage getreten wäre, das zu einer aus ihrer Sicht gerechteren Verteilung der Beförderungsmöglichkeiten im Sektor 2 geführt hätte. Die Überprüfung durch die ADD hat dazu geführt, dass das landesweite Ranking für die 22 im Sektor 2 zu vergebenden Beförderungsmöglichkeiten modifiziert wurde. Deshalb sind zum offiziellen Beförderungstermin an drei Schulen im Bezirk Koblenz die Beförderungen noch nicht ausgesprochen worden. Finanzielle Einbußen sollen den Betroffenen nicht entstehen, da bis zu einer dreimonatigen Verzögerung entsprechende Nachzahlungen erfolgen. **Näheres in einer ausführlichen Sonderinformation durch BPR und HPR!**

Erweiterung von „PES“

Das Bildungsministerium beabsichtigt, in Zukunft „PES-Verträge“, die bislang eher kurzfristig ausgelegt waren, längerfristig, im Falle von Mutterschutz bzw. Elternzeitvertretungen gar auf einen Zeitraum von bis zu drei Jahren abzuschließen.

Bezirks- und Hauptpersonalrat haben dies abgelehnt, weil:

- die örtlichen Personalräte schwerlich auf die Erfahrung und den Überblick zurückgreifen können, über die der Bezirkspersonalrat verfügt;
- die Längerfristigkeit der „PES“-Verträge sich auch auswirken würde auf das Erstellen von Arbeitsplänen, den Einsatz für Klassenleitungen, die Notengebung bis hin zu Zeugnissen und Abschlusszeugnissen.

Inzwischen wurde für alle Schularten in Rheinland-Pfalz die Einigungsstelle angerufen, allerdings war das Ergebnis trotz unserer guten Argumente aus unserer Sicht negativ, sodass die geplanten Änderungen jetzt in Kraft gesetzt werden.

Dazu meint der vlw:

Die örtlichen Personalräte müssen ihren erweiterten Aufgaben auch gerecht werden können. Die Unterrichtsqualität an unseren Schulen darf durch die immer zahlreicheren Kräfte ohne vollwertige Ausbildung nicht sinken! Dadurch wird letztlich nur Unterrichtsausfall verschleiert!

Vorübergehende Wegnahme von Gegenständen als erzieherische Maßnahme

Die zuständige Referentin des Ministeriums erläuterte, dass die Wegnahme eines Handys eine „erzieherische Maßnahme“ darstelle. **Auch wenn diese Maßnahme nicht explizit in der Schulordnung für BBS aufgeführt wird, ist gegen eine solche Maßnahme nichts einzuwenden.**

vlw-Landesvorstand distanziert sich von dbb-Aufruf zur Mahnwache für einheitliche Besoldung

Mit Empörung hat der Landesvorstand des **vlw** auf den Aufruf der dbb-Tarifunion an alle Kolleginnen und Kollegen in den Schulen reagiert, am 4. Mai im Rahmen eines Warnstreiks zu einer Mahnwache vor dem Finanzministerium zu kommen. Die dbb-Tarifunion hat dabei gemeinsam mit der GEW zu dieser Mahnwache aufgerufen.

Erklärtes Ziel dieser Mahnwache war offensichtlich die einheitliche Besoldung der Lehrkräfte aller Schularten. Dies setzt jedoch die gleichwertige Qualifikation sowie den gleichwertigen Anspruch an die Ausübung der Berufstätigkeit voraus, was faktisch nicht gegeben ist.

Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für den Unterricht an Berufsbildenden Schulen müssen neben einem abgeschlossen Universitätsstudium (zukünftig: Master) eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. mindestens ein einjähriges einschlägiges Praktikum vorweisen. Für kein anderes Lehramt werden so hohe Voraussetzungen gefordert.

Auch inhaltlich ist unsere Tätigkeit von einem sehr hohen Anspruch geprägt. Der Unterricht in den berufsbezogenen Fächern unterliegt dem stetigen Wandel mit immer kürzer werdenden Halbwertszeiten bei den fachlichen Inhalten. Dies erfordert die ständige Erneuerung der Unterrichtsvorbereitungen sowie den kontinuierlichen Besuch von Fortbildungsveranstaltungen. Zusätzlich zur Kooperation mit den Eltern ist auch der stetige Kontakt zu den Ausbildungsbetrieben erforderlich. Gleichzeitig haben wir erhebliche pädagogische Herausforderungen zu bewältigen. Während wir im Berufsvorbereitungsjahr und in der Berufsfachschule I diejenigen Schülerinnen und Schüler qualifizieren, denen zuvor die so oft zitierte „Ausbildungsreife“ fehlt, befähigen wir die Auszubildenden in den unterschiedlichsten Berufen für ihre Abschlussprüfungen und die anschließende Berufsausübung. Darüber hinaus vermitteln wir einem Teil von ihnen den qualifizierten Sekundarabschluss I und führen entsprechend begabte Jugendliche zur Fachhochschulreife und zur allgemeinen Hochschulreife. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung verhelfen wir Fachkräften zu zusätzlichen Qualifikationen.

Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen sind bei der Einstellung nach dem Referendariat, bedingt durch die oben aufgeführten Qualifikationsanforderungen, im Durchschnitt 30 Jahre alt. Eine einheitliche Besoldung würde zweifellos bedeuten, dass sie - bezogen auf das Lebenseinkommen - gegenüber Kolleginnen und

Kollegen anderer Lehrämter benachteiligt würden. Der Anreiz für ein Studium des Lehramts an Berufsbildenden Schulen würde bei einheitlicher Besoldung verloren gehen, was den ohnehin vorhanden Bewerbermangel nochmals verschärfen würde.

Der vlw-Landesvorstand lehnt deshalb die Forderung nach einheitlicher Besoldung für alle Lehrkräfte ab.

Vielmehr müssen sich die gegenüber anderen Lehrämtern erhöhten Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen sowohl bezüglich der Ausbildung als auch die Berufsausübung betreffend in einer höheren Besoldung ausdrücken.

Neuer Bezirksvorsitzender in der Pfalz

Auf der Bezirksdelegiertenversammlung des **vlw** Pfalz vom 19. April 2010 wurde **Andreas Seehaus** zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. In geheimer Abstimmung erhielt Herr Seehaus 100% der abgegebenen Stimmen.



Frieder Heil und **Andreas Seehaus** verabschiedeten **Mechthild Antony-Hatzfeld** als langjährige Bezirksvorsitzende der Pfalz, bedankten sich herzlich für die mit hohem Engagement geleistete Arbeit für den Verband, auch für die offene, stets faire und herzliche Zusammenarbeit.

Andreas Seehaus unterrichtet an der BBS Landau die Fächer Sozialkunde und BWL und ist dort Vorsitzender des örtlichen Personalrats. Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** gratulierte und begrüßte Andreas Seehaus als neues Mitglied im Landesvorstand des **vlw**.